



Lastenverschiebung statt -ausgleich

Interview mit Maria Pamula von der Menschenrechtsorganisation Halina Niec

Wolfgang Pomrehn

Die Menschenrechtsorganisation *Halina Niec* berät im polnischen Krakau AsylbewerberInnen. Ein großer Teil der Arbeit wird von engagierten Jura-StudentInnen wie Maria Pamula getragen, mit der wir über die Veränderungen sprachen, die der EU-Beitritt für Flüchtlinge in Polen bedeutet.

Schlepper: Auf einem asylpolitischen Symposium in Berlin wurde kürzlich von einigen Teilnehmern die Meinung geäußert, die künftigen EU-Mindeststandards für das Asylverfahren könnten in Polen die Lage der Flüchtlinge verbessern. Sehen Sie das ähnlich?

Maria Pamula: Ich glaube nicht. Das größte Problem sind derzeit die Internierungslager an der Ostgrenze. Seit kurzem landet jeder, der die Grenze illegal überschreitet, in diesen Lagern, und das ist eine Folge der EU-Richtlinien und des Drucks der anderen EU-Staaten. Ebenso die Aufrüstung an der Grenze zur Ukraine und zu Weißrussland. In den Lagern landen übrigens auch alle, die im Land ohne Papiere aufgegriffen werden.

Haben Flüchtlinge überhaupt die Möglichkeit, sich ein Visum zu beschaffen, wenn sie nach Europa fliehen?

Wenn jemand aus seinem Land fliehen muss, wird er kaum vorher auf 's Konsulat gehen, um sich ein Visum für Polen zu besorgen. Flüchtlinge gehen gewöhnlich heimlich und ohne Papiere aus dem Land und genauso kommen sie dann nach Europa.

Wie ist die Situation in den Lagern? Können die Flüchtlinge dort Asyl beantragen?

Ja. Viele der Insassen stellen Asylanträge und haben dann die Möglichkeit, ihre Entlassung zu beantragen. Wenn sie ihre Ver-

sie keinen Zugang zu einem Anwalt, und auch an Sozialarbeitern, die den Menschen helfen könnten, mangelt es sehr.

Gibt es in Polen das Konzept der „sicheren Drittstaaten“? Werden AsylbewerberInnen mit dem Argument in die Ukraine oder Weißrußland abgeschoben, sie seien dort sicher?

Es gibt eine Drittstaaten-Regelung, aber keine explizite Liste von Staaten, die als „sichere Drittstaaten“ definiert wären. Es wird also auf individueller Basis entschieden, das heißt von Fall zu Fall. Wenn also die zuständige Behörde meint, für einen bestimmten Asylbewerber, der durch die Ukraine gekommen ist, gebe es dort keine Gefahr, dann kann dieser dorthin zurückgeschoben werden.

Wir haben allerdings von unseren Kollegen in der Ukraine gehört, dass die meisten Flüchtlinge bereits auf der ukrainischen Seite der Grenze abgefangen werden. Leute, die in Polen einen Asylantrag stellen wollen, kommen also zum Teil gar nicht erst ins Land. Ukrainische Gruppen organisieren deshalb von Zeit zu Zeit Flüchtlingskonvois, um die ukrainischen Grenzposten zu zwingen, die Menschen nach Polen durchzulassen.

Es gibt eine Drittstaaten-Regelung, aber keine explizite Liste von Staaten, die als „sichere Drittstaaten“ definiert wären.

folgung im jeweiligen Heimatland glaubhaft machen können, werden sie für gewöhnlich noch während des Asylverfahrens freigelassen. Aber vorher kommen sie nicht raus. Sie werden regelrecht eingesperrt. Zunächst für einen Monat, aber die Frist kann mehrfach verlängert werden. Ein Jahr ist das Maximum.

Wir haben in den letzten Monaten einige dieser Lager untersucht; sechs von insgesamt 29. Das Hauptproblem ist das Fehlen von Informationen für die Insassen. Meist gibt es keinerlei Infomaterial in einer der Sprachen, die die Inhaftierten sprechen. Oftmals haben

THE HALINA NIEC HUMAN RIGHTS ASSOCIATION

Die Menschenrechtsorganisation *Halina Niec* ist eine eingetragene Nichtregierungsorganisation bei der erfahrene Menschenrechtsanwälte und Akademiker hauptsächlich aus Mitteleuropa arbeiten. Zu ihren Aktivitäten gehört die rechtliche Beratung von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

ul. Sobieskiego 7/3
Kraków

Tel. 0048-12-63 37 223

Internet: www.niecassociation.org

E-mail: office@niecassociation.org



Auf dem erwähnten Symposium wurde von vielen TeilnehmerInnen die Ansicht vertreten, in der EU könne von einer Lastenverteilung nicht die Rede sein. Eher schon von einer Lastenverlagerung in Richtung Osten und Süden. Flüchtlinge wären künftig gezwungen, dort Asyl zu beantragen. Sehen Sie das auch so?

Ja. Die Statistiken sind ziemlich eindeutig: In Westeuropa ist die Zahl der Asylanträge um 30 Prozent zurückgegangen, während sie in Polen um 30 Prozent gestiegen ist. Deutschland schickt jeden, der über Polen einreist, um Asyl zu beantragen, zu uns zurück.